

## Patientenorientierung im Gesundheitswesen

steht für Autonomie, Mitsprache, Selbstverantwortung und Selbstmanagement, soweit dies für kranke Menschen möglich ist. Eine unerlässliche Voraussetzung für Teilhabe und selbstbewusstes Handeln sind Wissen und verständliche Informationen.

Das **PatientenForum Berlin** möchte

- Informationen bündeln und weitergeben,
- Wissen für ein autonomes Auftreten vermitteln,
- Orientierungshilfe durch das Gesundheitssystem sein,
- aktueller Entwicklungen der Versorgung analysieren,
- über Public Health-relevante Themen diskutieren,
- Diskussionen zur Gesundheitspolitik aufgreifen und
- Kompetenzen für eine Patientenbeteiligung bereitstellen.

Ziel ist die Förderung des Dialoges zwischen Fachleuten und Patient/innen.

Mit dem **PatientenForum Berlin** möchten wir ganz verschiedene Zielgruppen und Personen ansprechen:

- Ratsuchende und interessierte Patient/innen
- aktive Mitglieder aus Selbsthilfegruppen und Verbänden kranker und behinderter Menschen,
- Patientenfürsprecherinnen und -fürsprecher,
- Patientinnen und Patienten, die sich in Gremien und an politischen Diskussionen beteiligen wollen,
- Repräsentant/innen von Berufsgruppen, die den Dialog für eine patientenorientierte Versorgung suchen wie z.B. Ärzte, Apotheker, Politikerinnen und Wissenschaftler.

Die Partner des **PatientenForums Berlin**

- Die Patientenbeauftragte des Landes Berlin
- Berlin School of Public Health an der Charité
- Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V.

wollen dazu beitragen, dass Patientinnen und Patienten das notwendige Wissen für eine selbst bestimmte Orientierung im Gesundheitssystem finden.

## DIE VERANSTALTER

### Die Patientenbeauftragte für Berlin

Brückenstr. 6 - 10179 Berlin

Tel 030 - 90 25 20 10

Fax 030 - 90 25 25 01

Mail [patientenbeauftragte@senguv.berlin.de](mailto:patientenbeauftragte@senguv.berlin.de)

### Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V.

Friedrichstr. 231 - 10969 Berlin

Tel 030 - 44 31 90 60

Fax 030 - 44 31 90 63

Mail [post@gesundheitberlin.de](mailto:post@gesundheitberlin.de)

### Berlin School of Public Health

Charité – Universitätsmedizin Berlin

Osramhöfe Haus A, Aufgang 10

Oudenarder Str. 16 - 13347 Berlin

Tel 030 - 450- 570818

Fax 030 - 450- 570972

Mail [monika.hey@charite.de](mailto:monika.hey@charite.de)

## VERANSTALTUNGSORT

### AOK Berlin

Wilhelmstr. 1

10963 Berlin

Die Teilnahme an den Veranstaltungen ist kostenlos.

Für die Raumplanung Anmeldung erwünscht unter:

Tel 030 - 90 25 20 10

Fax 030 - 90 25 25 01

Mail [patientenbeauftragte@senguv.berlin.de](mailto:patientenbeauftragte@senguv.berlin.de)

Das Vorhaben wird unterstützt durch die AOK Berlin-Brandenburg

# Patienten Forum Berlin

**Berlin**   
Patientenbeauftragte für Berlin

Berlin School of Public Health an der Charité

Beteiligte Institutionen  




**Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V.**  
Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung

## Programm 2010

**Kompetenz, Wissen und Diskussion  
für Patientinnen und Patienten**

Donnerstag, 6. Mai 2010

18.00 – 20.00 Uhr

## Patientenrechtegesetz stärkt Patientinnen und Patienten!

**Wolfgang Zöller**

Beauftragter der Bundesregierung für die Belange  
der Patientinnen und Patienten

Moderation: **Karin Stötzner**  
Patientenbeauftragte für Berlin

Rabattverträge, Wartezeiten, Ärztemangel, Richtgrößen, Off-label, Generika, Morbi-RSA, Eigenverantwortung, DMP'S, UPD, BQS, Impfen lassen ja/nein, Zusatzbeiträge, Basistarif, IGeL, Kostenerstattung - diese Schlagworte verdeutlichen den Dschungel, in dem Patienten, aber auch Ärzte und Krankenkassen, sich einen Weg durch unser Gesundheitssystem bahnen müssen.

Patientinnen und Patienten fühlen sich Ärzten und Krankenkassen gegenüber dabei immer öfter als Bittsteller. Das liegt unter anderem daran, dass das für Patienten geltende Recht zersplittert ist. Das im Koalitionsvertrag verankerte Patientenrechtgesetz wird hier unter Einbindung aller Beteiligten für Verbesserung sorgen.

Im Hinblick auf das Patientenrechtegesetz führt der Patientenbeauftragte derzeit zahlreiche Gespräche mit Betroffenen, Selbsthilfegruppen, Krankenkassen und Verbänden. Ziel ist es, ein Eckpunktepapier bis zum Jahresende abgestimmt zu haben, damit danach die Umsetzung durch den Gesetzgeber zügig erfolgen kann. Wichtige Themenfelder sind dabei der Zugang zu Informationen über die Qualität und Preise der Leistungen, die Stärkung der Rechte der Opfer von Behandlungsfehlern und der Ausbau der Rechte der Patientinnen und Patienten gegenüber Leistungsträgern.

Der Patientenbeauftragte wird über den aktuellen Stand der Überlegungen berichten. Anschließend besteht die Möglichkeit zur Diskussion.

Donnerstag, 17. Juni 2010

18.00 - 20.00 Uhr

## Wie viel Medizin verträgt der Mensch ?

**Professor Norbert Schmacke**

Universität Bremen - Arbeits- und Koordinierungsstelle  
Gesundheitsversorgungsforschung

„Unparteiischer“ im gemeinsamen Bundesausschuss

Moderation: **Dr. Monika Hey**  
Berlin School of Public Health

Professor Norbert Schmacke von der Universität Bremen greift mit einer Studie über die Bewertung und Wirkung des medizinischen Fortschritts ein gesellschaftliches Tabuthema auf.

Ist medizinischer Fortschritt ein Wert schlechthin? Und warum wird die Frage nach dem Nutzen der modernen Medizin für den Menschen nach wie vor nur zögerlich gestellt? Genau dieser Thematik nimmt sich Schmacke an: In der Veröffentlichung "Wie viel Medizin verträgt der Mensch?" stellt er den "blinden" Glauben an den medizinischen Fortschritt in Frage und fordert wissenschaftlich fundierte Untersuchungen moderner medizinischer Leistungen. Alternde Gesellschaft, finanzieller Ruin der Gesetzlichen Krankenversicherung, mehr Eigenverantwortung der Versicherten, Wachstumsmarkt Gesundheit: Schlagworte wie diese beherrschen die Diskussionen um die Zukunft des Gesundheitswesens in Deutschland. Untergangsvisionen der solidarisch finanzierten Krankenversicherung machen die Runde. Die Zwei-Klassen-Medizin steht für zahlreiche Beobachter bereits vor der Tür. In den Hintergrund treten dabei Fragen nach dem Verhältnis von medizinischem Aufwand und Nutzen für den Patienten, kritisiert der Gesundheitswissenschaftler Norbert Schmacke, Leiter der Arbeits- und Koordinierungsstelle Gesundheitsversorgungsforschung der Universität Bremen.

Er fordert: Die moderne Medizin samt ihrer Versprechungen muss sich weitaus stärker als heute wissenschaftlich fundierten Qualitätskontrollen stellen.

Montag, 8. November 2010

18.00 - 20.00 Uhr

## Fünf Jahre Ethik-Kommissionen des Landes Berlin - Erfahrungen einer Instanz zur Stärkung der Patientensicherheit

Ass.Jur. **Christian von Dewitz**  
Ethik-Kommission des Landes Berlin

**Katrin Lompscher**

Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz  
Moderation: **Stephan Weigand** - Gesundheit BB

Mit der 12. Novellierung des Arzneimittelgesetzes erfolgte eine komplette Neuregelung der bestehenden Ethikkommissionen. Bis zum August 2004 existierten sie bei allen Landesärztekammern und den Medizinischen Fakultäten als ehrenamtliche Beratungsgremien für Ärzte, die sich vor der Durchführung einer klinischen Prüfung von Arzneimitteln am Menschen über die rechtlichen und ethischen Aspekte eines solchen Vorhabens sachkundig machen mussten. Die Voten der Ethikkommissionen waren jedoch letztlich unverbindlich und hatten eher den Charakter von Entscheidungshilfen. Mit der Novellierung des Arzneimittelgesetzes 2004 veränderte sich der Status der Kommissionen grundsätzlich. Sie wurden gemäß einer EU-Richtlinie in Patientenschutzinstitutionen mit Behördencharakter umgewandelt, deren zustimmende Bewertung zwingende Voraussetzung für die klinische Prüfung eines Arzneimittels am Menschen ist. So war es auch konsequent, dass die bis dahin von den Ethik-Kommissionen der Berliner Ärztekammer und der Charité-Berlin wahrgenommene Aufgabe von der Ethikkommission des Landes Berlin als Teil der Staatsverwaltung übernommen wurde. In der Veranstaltung soll das Aufgabenspektrum und die Arbeitsweise der Ethik-Kommission des Landes Berlin dargestellt werden. Was hat sich mit dem Statuswandel der Ethikkommission zu einer staatlichen Behörde qualitativ verändert? Wie sieht die Bilanz seit 2005 aus? Wie werden die Rechte und Interessen der Prüfungsteilnehmer und die gesundheitlichen Interessen aktueller und künftiger Patienten von der Ethik-Kommission bei ihrer Bewertungsentscheidung berücksichtigt?